

Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenseitenzeitung oder deren Raum 200 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228.

Donnerstag, den 29. September 1921.

28. Jahrgang.

Oppau vor dem Reichstag.

Berlin, 28. September.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr.
Eine Beschwerde des Abg. Kemmle (Komm.) wegen einer bei ihm stattgefundenen Hausdurchsuchung wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen, desgleichen ein Antrag Barth (Komm.) wegen Aufhebung des Strafvollzuges gegen den Abg. Wendelin Thomas.

Es folgt die Beratung des Entwurfs über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Abweichungen vom Biersteuergesetz. Gemeint ist damit die weitere Verwendung von Reis und Mais zur Biererzeugung.

Sauß (Bayr. Sp.) hält diese Maßnahme für einen Betrug am Volke. Jedenfalls ständen die hohen Bierpreise nicht im Verhältnis zu diesen Surrogaten. Das Bier sei ein Volksnahrungsmittel und dürfe nicht verfälscht werden. Seine Partei lehne die Verlängerung des Gesetzes ab.

Der Entwurf wird in den beiden ersten Lesungen gegen einige Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. Die dritte Lesung scheitert am Einspruch des Abg. Jand.

Die Teuerungszulagen.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen kommt der zweite Rechnungsnachtragsetat für 1921 zur Beratung, der die Teuerungszulagen enthält.

Alle Parteien wünschten eine einheitliche Regelung auf diesem Gebiete und sehen einer neuen Aktion entgegen. Durch die Vorlage, die gegen die Kommunisten zur Annahme gelangte, soll mit Wirkung vom 1. August ab ein Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten in der Ortsklasse A um 93 Prozent, in B um 91 Prozent, in C um 89 Prozent, in D um 87 Prozent, in E um 85 Prozent treten. Auch die außerplanmäßigen Beamten des Reiches sollen einen weiteren Teuerungszuschlag erhalten. Der Teuerungszuschlag zu den Kinderzulagen beträgt in der Ortsklasse A 200 Prozent, in den Ortsklassen B und C 175 Prozent, in D und E 150 Prozent.

Die Oppau-Interpellation.

Nunmehr folgt die Interpellation Müller-Franken (Soz.):
Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des furchtbaren Explosionsunglücks in Oppau sofort Maßnahmen zu treffen, um 1. festzustellen, welche Umstände das Unglück verursacht haben und was zur Verhinderung derartiger Unglücksfälle gesehen kann,

2. den Geschädigten ohne jede Verzögerung aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten.
In Verbindung damit werden Anträge der Unabhängigen und der Kommunisten beraten, die sich ebenfalls auf das Oppauer Unglück beziehen.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Brey (Soz.): Wieder einmal hat das Schlachtfeld der Arbeit furchtbare Opfer gefordert. Die organisierte Arbeiterschaft beklagt herbe Verluste an Mitgliedern und Mitarbeitern. Leider können wir keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß die 160 Vermissten fast ausschließlich als Opfer der Katastrophe anzusehen und aus dem Leben, aus der Arbeit herausgerissen sind. Neben diesen Opfern gibt es zahlreiche Schwerverletzte, darunter allein an 40 Personen, die des Augenlichts beraubt sein sollen. (Bewegung.) Von den Verwundungen wirtschaftlicher Art an Gebäuden, Maschinen und Gerüsten geben die Bilder von den Betriebsanlagen, die ich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, nur eine schwache Vorstellung. Den Toten unsere Trauer, als Helben der Arbeit unser Gedächtnis und zugleich das Gelübnis, zu arbeiten, daß ähnliche Katastrophen vermieden werden. Den Witwen und Waisen, die des Ernährers beraubt, den Vätern und Müttern, die durch den Tod ihrer Söhne die Stütze des Alters entbehren, gilt unser Mitgefühl. Das Mitgefühl der Arbeiterklasse und aller edlen und guten Menschen. Möge diese Welle des Mitgefühls, die die Gegenwart erfasst und auch bei unseren ehemaligen Feinden Widerhall gefunden hat, sich zu einem Strom der Hilfsbereiter Tat auslösen! (Bravo!) Diejenigen, die noch auf dem Schmerzenslager liegen, begleiten unsere Wünsche auf Bänder ihrer Schmerzen und der heißen Wunsch, daß es der menschlichen Pflege und der ärztlichen Kunst gelingen möge, sie gesund von dem Krankenzimmer erheben zu lassen. Entsetzt fragen wir: Wie konnte das geschehen, wo sind die Ursachen dieser Arbeits-tage die zu suchen und zu finden? Die Erklärung der Generaldirektion kann uns nicht beruhigen und nicht befriedigen. Man hat den Verdacht ausgesprochen, daß die Katastrophe ein Verbrechen als Ursache habe. Reiz und Mißgunst auf die wissenschaftlichen und technischen Erzeugnisse, die das Werk darstellt, sollen Hirn und Hand eines Verbrechers geleitet haben, zu einer solchen verruchten Tat, die, wenn die Annahme zuträfe, alles bis dahin Dagewesene übersteigen würde. Nach menschlichem Ermessen muß der Gedanke eines Verbrechens, das auf Reiz und Mißgunst der deutschen Arbeit zurückzuführen wäre, vollständig ausgeblendet.

Herz des Unglücks und der Zerstörung ist ein Silo, ein Lager-taum, der 4000 Tonnen Ammoniumsulfat enthalten hat. Die größten Spuren der Verheerung an der Unglücksstelle und deren Umgebung sind Beweise, daß das Material, das in diesem Silo geborgen war, feiner explosiv gewesen ist. Die Explosivität, die von Chemikern, Technikern und Wissenschaftlern nicht festgestellt worden ist, ist durch die furchtbare Erfahrung erwiehen. Die Tatsache der Explosion beweist, daß die chemische Wissenschaft die furchtbaren Gefahren ihres Werkes nicht erkannt hat, obgleich die Gefahr der Explosivität nahelag. Bevor die Erfindung des Herrn Prof. Haber, der Ernährung dienlich gemacht wurde, diente sie der Zerstörung. Sie diente dazu, während des Weltkrieges Explosionsmittel zu schaffen. Teile der Erzeugung, die sich in dem Silo Nr. 10 zu Ammoniumsulfat-Salpeter verdichtet hat, sind während des Weltkrieges an mehr als einem Orte Deutsch-

lands Ursache der Explosion, Ursache der Zerstörung. Leider konnten wir während des Krieges wie bei so vielen anderen Dingen, auch hier die volle Wahrheit nicht erfahren. Aber wir wissen, daß Menschenleiber in unerhörter Zahl in den Städten gefallen sind und zwar infolge dieser Explosionsstoffe, die in Ludwigshafen erzeugt worden sind. Die in ihrer Wirkung so schrecklichen Spreng- und Geschossmittel entstanden aus jenen Stoffen, die nun wieder im eigenen Lande unter den Angestellten und Arbeitern, sowie auch unter der Bevölkerung der Nachbarschaft verheerend gewirkt haben. Warum beunruhigt die Erklärung der Generaldirektion der Ammoniumwerke auch heute noch? Wenn man vor einem Rätsel steht, wie es dieses schreckens- und entsetzensvolle Geschehen darstellt, wer bürgt denn dafür, daß die Silos, in denen noch 8000 Tonnen Ammoniumsulfat lagern, (Hört, hört! links) nicht zu einem neuen Unglücksherd werden können? Wenn keine Kunstfehler und keine technischen Versehen vorliegen, wenn Verbrechen ausgeschlossen sind, und wenn das Unglück das Werk einer chemischen Umkehrung ist, was droht dann den Unglücklichen in Betrieb und Umgebung? Ihnen droht eine neue Katastrophe. Es ist die Aufgabe der Reichsregierung, Sicherheit zu schaffen, daß die noch vorhandenen Lager nicht eine zweite Quelle des Todes, und der Verwüstung werden. Als zweite Forderung bezeichne ich eine Aufklärung der Ursachen, die in der rücksichtslosesten und unachtsamsten Weise vorgenommen werden muß. In drei Massengräbern habe ich im Einverständnis mit den Arbeitern der Forderung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiter und ihre Vertreter bei dieser Untersuchung beteiligt sein müssen. (Zustimmung bei den Soz.) Diese Forderung wiederhole ich hier. Meine Fraktion hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Der Arbeiter muß wissen, in welcher Gestalt der Tod ihn mitten aus der Bahn reißen kann; er muß wissen, von welchen Gefahren er umtobt ist. — Der Redner schildert dann die Ergebnisse der Befragungen mit den Arbeitern, die die Quelle der Schuld in der Erwärmung des Materials erblickten, das sich wahrscheinlich vor selbst entzündet habe. Ich werde nachweisen, daß die Direktion da Maßnahmen zu treffen hatte.

In dem Silo wurde die Temperatur gemessen. Sie lag bis zu 50 und 60 Grad. (Hört, hört! links.) Auch darin erblicken die Arbeiter ein Zeichen, daß mit der Hitzeentwicklung als Gefahrenquelle gerechnet worden ist und berechnet werden mußte. Von Maßnahmen, die die Hitzeentwicklung paralisieren, ist mir nichts mitgeteilt worden. Die Nachlässigkeit vor dem Unglück wurde von Gasen herbeigeführt. Auch das ist früher nicht beobachtet worden. Die Arbeiter erblicken in diesen Gasen die Vorboten des Unglücks (Hört, hört! links.) Ich frage: War ein chemisch gebildeter Leiter, ein mit solchen — ich darf wohl sagen: Weiterverhältnissen vertrauter Mann — am Arbeitsplatz? Die Vergehung der Arbeit in diesen Räumen macht es nach meiner Auffassung zur Notwendigkeit, daß ein derart Vorgesetzter Mann ständig die Aufsicht führt, denn die Vergehung dieser Arbeiter erscheint mir im höchsten Grade bedenklich und sie ist auch den Arbeitern immer bedenklich gewesen. Sie ist an eine Tiefbauunternehmerfirma Grax vergeben gewesen, die die Arbeiten im Afford ausführen ließ; d. h. nicht die Arbeiter arbeiten im Afford, sondern in Tagelohn, aber die Firma übernahm die Arbeit gegen Affordierung. Die Arbeiter haben mir versichert, daß diese Firma Grax sehr wahlrührig gewesen ist, und sich meldende Arbeiter aus dem Betrieb nicht angenommen hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieser Tiefbaufirma war als Entgelt eine Bezahlung gegen Lohnleistung zugesichert. Den Arbeitern drängt sich die Empfindung auf, daß dieses Zahlungssystem zu Sprengverletzungen geführt hat, bei denen es auf die Lösung großer Mengen ankam, und ich glaube diese Befürchtung der Arbeiter hat etwas für sich. Eine weitere Gefahrenquelle erblicken die Arbeiter in einer Brämierearbeit, die zuerst im September 1920 eingeführt und im November 1920 eine Erweiterung erfahren hat. Bei der Einführung dieses Afford- und Brämiensystems hat die Arbeitervertretung nicht mitgewirkt. Die Untersuchung aller dieser Mängel, über die ich hier objektiv berichte, betrachte ich als eine dritte Forderung, deren Erfüllung ich von der Regierung wünsche. Ein Viertel! Die weitere Produktion darf nicht erfolgen, solange Wissenschaft, Technik und Praxis die Ursachen des Uebels und seine Verhütung nicht erdacht haben. Es muß also dafür gesorgt werden, daß an eine Sprengung der Silos nicht herangegangen werden kann, solange die Ursache des Unglücks nicht festgestellt ist und man nicht die Sicherheit hat, daß ein zweites nicht erfolgen kann.

Zunächst. Den Opfern der Hinterbliebenen ist weitgehende Hilfe durch den Herrn Präsidenten der Republik zugesagt. Wir hoffen, daß diese Zusage erfüllt wird. Diesem Zweite dient der erste Teil unserer heutigen Interpellation. Die Hilfe darf sich nicht beschränken auf die private Wohltätigkeit. Sie darf sich nicht beschränken auf die Hilfe der Betriebsleitung, sie muß in breiterem Maße stehen. Wir machen uns da das zu eigen, was der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in Gemeinschaft mit dem Afa-Bund als Forderung aufgestellt haben. Mit dem Wesen der gewerkschaftlichen Forderungen deckt sich auch ein, dem Reichstage vorliegender Antrag der Unabhängigen. Die übrigen, dem Hause vorliegenden Anträge der Linksparteien bedenken sich soweit ich übersehen kann, im wesentlichen auch mit den Forderungen der Afa. Wir fordern auch die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Es wird Sache der Praxis sein, zu entscheiden, ob das ein parlamentarischer oder ein anderer Ausschuss zu sein hat.

Zum Schluß möchte ich nur noch einmal zusammenfassend sagen, daß es ganz selbstverständlich ist, daß auch der schwergeprüften Bevölkerung von Oppau und Umgebung, soweit sie nicht zu den Betriebsarbeitern gehört, ausreichende Hilfe gewährt werden muß. Der Kürze halber und aus einem anderen Grunde, habe ich mich über die wirtschaftlichen Schäden nicht verbreitet. Aufklärung der Ursachen, ihre Abstellung, Erweiterung der Unfallver-

tung sind rasch notwendig, wenn Beruhigung unter der Arbeiterschaft in Ludwigshafen, wenn Beruhigung unter der Arbeiterschaft überhaupt eintreten soll. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsarbeitsminister Braun konnte über die Ursachen der Explosion noch keinerlei Auskunft geben. Versuche der technisch-chemischen Reichsanstalt haben ebenfalls zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt. Das Ammoniat-Sulfatsalpeter, dessen Lager-schuppen in Oppau in die Luft geflogen ist, zeigte auch bei diesen Versuchen im allgemeinen keine Explosionsfähigkeit. Nur in Köhren mit starker Initialzündung konnte es zur Explosion gebracht werden. Solche Bedingungen lagen aber in Oppau nicht vor. Es ist überhaupt festzuhalten, daß die Explosion nicht an der Produktionsstätte, sondern auf dem Lager erfolgt ist. Der Minister versprach, die Untersuchung fortzusetzen. Eine Spezialgesetgebung aus Anlaß eines Unglücks, auch wenn es so groß sei, lehnte der Minister ab. Die Reichsregierung hat einstweilen 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt und ist nötigenfalls zu größeren Ausgaben bereit.

Sofmann-Ludwigshafen (Zentr.) wandte sich gegen die Phantasiemeldungen englischer und französischer Zeitungen, als ob in Oppau heimlich neue Explosionsstoffe hergestellt würden. Der Demokrat Dietrich-Baden übergab dem Parlament ein Gutachten des Prof. Haber, des Entdeckers der in Oppau angewandten Verfahren. Auch er steht vor einem Rätsel. Den Schluß der Rednerliste machte der Kommunist Kemmle, der eine sehr schwache Rede hielt und, da er sich von den sonst bei ihm üblichen Schimpfereien fernhielt, kaum Beachtung fand.

Es wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Feststellung der Ursachen des Massenunglücks einzusetzen beschlossen. Weitergehende kommunistische Anträge mußten, weil sie blanken Ansinn enthielten, abgelehnt werden. Ein unabhängiger Antrag, der ein Notgesetz zur Erhöhung der Sozialrenten und eine baldige gründliche Reform der Reichsversicherungsordnung verlangte, wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Der Donnerstag ist Sitzungsfrei; am Freitag Beginn der großen politischen Aussprache.

Rathenau über die deutschen Reparationsleistungen.

Die Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigte sich mit der Frage der Reparationen. Der Vorsitzende, Dr. Ing. Sorge, erklärte, es bestehe die zwingende Forderung, bis zu der äußersten Grenze der Möglichkeit die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Der gute Wille muß vorhanden sein und bewiesen werden. Die Unmöglichkeit der Erfüllung könne nur die Tat beweisen. Eine durchgreifende Reichsfinanzreform sei unbedingt erforderlich. Die Ausgaben seitens des Budgets müssen reduziert werden, aber auch bei gelungener Finanzreform seien die Möglichkeiten, das Ultimatum zu erfüllen, im höchsten Maße zweifelhaft.

Außenminister Dr. Rathenau,

der die Grüße der Reichsregierung überbrachte, betonte in seiner Rede u. a.: Unter dem Drange seiner wachsenden Bevölkerung ist Deutschland ein industrielles Land geworden. Für die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit gibt es keine Grenzen. Das Moment der Erfüllung nach dem Kriege ist überwunden, die Wiederherstellung des Landes ist im Zuge. Die wirtschaftliche Leistung der letzten drei Jahre verdiente die Anerkennung der ganzen Welt. Die Regierung selber wünscht stärkeren Einfluß der Regierung auf die Leistung des Reiches. Der große Gedanke der Industrieförderung müsse die Brücke werden zur Verbreiterung des Regierungsbasis. Er hoffe, daß Klarheit darüber geschaffen werde, wie weit die Kräfte der Industrie zum Wohle des Reiches angespannt werden können.

Im Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist, so fuhr der Redner fort, die geplante Kreditition gestern prinzipiell angenommen worden bei fünf Stimmenthaltungen von der Deutschnationalen Partei nachstehenden Herren. Einigkeit ist die Forderung besonders dieser Zeit. Er habe nicht gelagt: „Wir können es schaffen, wenn wir nur wollen.“ Er habe sich scharf gewendet gegen den Indez, doch wünsche er die Erörterung über unsere Leistungsfähigkeit nicht weiterzuführen. „Was wollen diejenigen, die immer behaupten, wir können nicht zahlen. Was wollen diese Leute? Die Zahlungen einzustellen, ist unmöglich. Wir müssen zur Restitution der Welt beitragen. Den Punkt, bis zu dem das möglich ist, müssen wir erreichen. Die restlose Erfüllung des Ultimatus würde die Welt wirtschaftlich noch viel schärfer treffen als uns selbst. Die Weltwirtschaft wird das „Unmöglich“ sprechen. England hat drei, Amerika sechs Millionen Arbeitslose, in der nächsten Zeit vielleicht acht Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen auf der anderen Seite ist fast so groß wie die Zahl ihrer Kämpfer. Je mehr Deutschland arbeiten muß, desto mehr müssen die andern feiern. Rentnerstaaten sind eine Unmöglichkeit, jedes Land muß arbeiten. Auch die größte deutsche Leistungsfähigkeit werde nur jeden fünften Arbeitslosen ernähren. Eine internationale wirtschaftliche Verständigung müsse erreicht werden. Auch Churchill fordert diese Kooperation. Er begrüßt den Gedanken eines Weltwirtschaftsforums. Ein neuer Organismus des weltwirtschaftlichen Zusammenwirkens muß geschaffen werden. Die deutschen Bonds sind nicht in Umlauf zu setzen. Diese Art der Finanzierung der Weltkredit ist gescheitert. Man nehme die Bonds nicht einmal mit 50. Diese Bonds sind nicht fundiert. Der einzige Weg, der hietz, ist der der verständigen

Ausfrage. Diesen Weg habe ich mit Frankreich zu beschreiten gesucht. Diese Verhandlungen dürfen mit politischen Transaktionen nicht verwechselt werden. Die Schwierigkeit eines französischen Wiederaufbaues ist eine finanzielle. Frankreich ist in seinen Mitteln beschränkt. Die Bewohner des Wiederaufbaubereichs aber wünschen die Beschleunigung und auch wir wünschen die Beschleunigung. Wir tragen von allen Reparationsleistungen am schwersten an der Beschaffung von Devisen. Beweis hierfür ist die Entwertung der Mark. Wir müssen Sachwerte hergeben. Das Problem ist der Ersatz von Gold durch Sachleistungen. Jetzt sei der Anfang dazu gemacht, aber man müsse sich bemühen, weiter auf diesem Wege zu kommen. Die französische Industrie ist von begrenzter Leistungsfähigkeit und schadet sich, wenn sie ihre ganzen Kräfte auf den Wiederaufbau richtet. Die französische Industrie steht das auch ein. Augenblicklich arbeitet die deutsche Industrie stark. Das sei aber die Folge des Marksturzes. Aber wie werde die Befestigung der deutschen Industrie später sein? Wir müssen uns volle Befestigung der Wirtschaft sichern. Bei Spezialleistungen soll freier Handel herrschen mit freiem Einkauf und Verkauf. Bei fungiblen Waren müßte ein System gefunden werden.

Es stehe eine nochmalige Besprechung mit den Franzosen bevor. Es handle sich um Leistungen in Höhe von 7 Milliarden im Laufe von 4 1/2 Jahren. Private Organisationen werden auf beiden Seiten entstehen. Die Preisbemessungen sind an ein Indizeschema geknüpft, ausgehend von den Preisen von 1914. Frankreich könne nicht sofort voll zahlen. Wir werden der Bankier unseres Gläubigers. Um diesen Punkt drehe sich die Diskussion. Aber wenn wir Dollars gegen Papier kaufen müssen, so sei unsere Lage eine noch schlechtere. Besser sei, daß wir Papiermilliarden in die eigene Wirtschaft stopfen, als das wir den Dollar in die Höhe treiben. Die Schaffung einer Organisation zur Abwicklung der Beträge ist sehr schwierig. Die freie Wirtschaft wäre ihm persönlich das liebste gewesen. Diese Möglichkeit bestehe aber nicht. An einer einheitlichen Stelle müßten die Beträge einlaufen.

Aufhebung der Sanktionen.

Paris, 28. September. Ministerpräsident Briand, der Vorsitzende des Obersten Rates, hat dem deutschen Botschafter Dr. Mayer heute mittag eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30. September aufgehoben werden.

Ablehnung der Russenhilfe in Genf.

Genf, 27. September. In zweistündiger Beratung brachte die 6. Kommission des Völkerbundes den Beweis, daß das geplante Hilfswerk für Rußland seitens des Völkerbundes so gut wie gescheitert ist. Zwar sollen die Beratungen morgen fortgesetzt werden, um noch verschiedene Vorschläge zugunsten Rußlands zu prüfen, aber so viel steht fest, die Mächte haben endgültig die von Rußland abgelehnte Hilfe für Rußland abgelehnt. Der Bericht für die Unterkommission für Rußlandhilfe, den der schweizerische Delegierte vorgelesen hat, läßt keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß damit auch die wirkliche Völkerbundaktion unmöglich geworden ist. Motiviert wird die Weigerung damit, daß Rußland noch über beträchtliche Geldmittel verfüge. Die Kommission muß sich angesichts der Weigerung der Mächte an die privaten Hilfsorganisationen wenden und sich mit der Hoffnung begnügen, daß die bevorstehende Brädel Konferenz, an welcher auch die Vereinigten Staaten und Deutschland teilnehmen werden, eine Lösung finde. Man glaubt sie durch Liquidation der Kriegsschulden und Naturalleistungen an Rußland zu ermöglichen. In ergreifenden Worten beklagte Rußland, daß die Kredithilfe verweigert wird. Er protestierte gegen den ungeheuren Eigenfeldzug der Völkerbundaktion organisierte. Die Tatsache, daß 20 Millionen Menschen vom Tode bedroht sind, sei so furchtbar, daß er unmöglich glauben könne, Europa könne angesichts dieser Not mit verkrüppelten Armen zushauen.

Deutschlands Entwaffnung.

Pondach, 28. September. (Reuter.) Die Interalliierte Kontrollkommission hat ihre Aufgabe der Zerstörung der von Deutschland ausgelieferten Waffen so gut wie beendet und bejaht sich jetzt mit der Kontrolle der verschiedenen Polizeitruppen. Bis Mitte September sind nur noch 102 Gewehre zur Vernichtung übrig geblieben, nachdem 3280 Gewehre bereits zerstört worden sind. Es müssen noch 1 Million Gewehre geladener Granaten zerstört werden, 34 Millionen Patronen sind bereits zerstört worden. Es sind nur noch 185 Granatmörser vorhanden, während 110 240 (?) bereits zerstört worden sind. 2852 Maschinengewehre sind noch unzerstört, ausgeliefert und zerstört 4 1/2 Mio. In Rumänien ist keine Waffe noch vorhanden. Die Kontrollkommission ist von den Sachrichtern der Auslieferung und Zerstörung der deutschen Waffen vollkommen befriedigt. In amtlichen Kreisen wird erklärt, es bestehe nicht die geringste Befürchtung wegen irgendeiner Möglichkeit, daß Deutschland in der Lage sein könnte, ein so großes Heer zu organisieren und auszurüsten, daß es irgendeine Gefahr für die Alliierten bedeute. Männer seien natürlich reichlich vorhanden. Es fehle jedoch an allen nötigen Waffen und an Ausbildung.

Moskau rebell.

London, 28. September. Man hat Telegramme telegraphisch um Mitteilung erteilt, ob die Nachricht, daß 14 Mitglieder des allrussischen Hilfskomitees zum Tode verurteilt worden seien, den Tatsachen entspreche. Eine Antwort auf dieses Telegramm ist bisher noch nicht eingegangen.

Neue Handelsverträge Sowjetrußlands.

N. Z. Vor kurzem ist der Handelsvertrag zwischen Sowjetrußland und Norwegen abgeschlossen worden. Der Inhalt der norwegischen Bank- und Schiffsverkehrsverträge ist im Anhang eine Denkschrift mit dem Inhalt

gegen den Abschluß dieses Handelsvertrages ein. Darin wird besonders auf das (neuerdings von Rassin betonte) Monopol der Sowjetregierung am Außenhandel Bezug genommen, das ihr erlaubt, die Freie zu drücken. Katastrophal habe diese Lage besonders auf dem Fischhandel in Norwegen gewirkt. Außerdem wird die völlige weltliche Unsicherheit norwegischer Firmen in Rußland, sowie das Ausschleiben des Norwegens von Sowjetrußland zugebilligten Schadensersatzes im Werte von 250 Millionen Kronen betont. Die norwegische Regierung habe die norwegischen Interessen der Sowjetregierung zum Opfer gebracht, so schließt die Denkschrift. Nach den Mitteilungen des „Messager“ bleibt auch die Unterzeichnung des italienisch-russischen Handelsvertrages bisher hauptsächlich deswegen aus, weil über das von der Sowjetregierung beanspruchte Recht für italienische Waren mit Werten zu zahlen, die früher Ausländern gehörten, noch keine Einigung erzielt werden konnte, wiewohl die Sowjetregierung sich bereit erklärte, im Falle des Nachweises, daß solche Werte Italienern selbst gehört hätten, Goldzahlungen zu leisten.

Reichsregierung und Eidesverweigerer.

Die Reichsregierung hat die Anfrage der Abgg. Weis und Müller-Franken, betr. Eidesverweigerung einzelner Beamten usw., wie folgt beantwortet: „Die Reichsregierung hat alsbald nach der Veröffentlichung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Aug. 1919, betreffend die Vereidigung der öffentlichen Beamten, für die Reichsbeamten die Ableistung des in dieser Verordnung vorgeschriebenen Eides auf die Verfassung angeordnet. Sie hat sich ferner von den Regierungen der Länder mitteilen lassen, daß die Verordnung auch hinsichtlich der Landesbeamten durchgeführt sei. Fälle von Eidesverweigerungen sind vereinzelt bekannt geworden und haben entweder durch Ausscheiden der betreffenden Beamten oder durch Einleitung von Disziplinarverfahren gegen sie ihre Erledigung gefunden. Daß die zur Durchführung der Verordnung ergriffenen Maßnahmen zum großen Teil wirkungslos geblieben seien, ist nicht richtig. Außer dem in der Anfrage erwähnten Hamburger Fall sind erfolgreiche Eidesverweigerungen nicht zur Kenntnis der Reichsregierung gekommen. Das Urteil des Disziplinarhofes in Hamburg hält die Reichsregierung für einen Fehlpruch; das Urteil kann jedoch als letztinstanzliches nicht bestritten werden. Andererseits hält es die Reichsregierung für nicht vereinbar mit der Reichsverfassung, daß die Eidesverweigerer im Amte bleiben. Sie hat deshalb die hamburgische Regierung gebeten, die Eidesverweigerer nochmals zur Eidesleistung aufzufordern und ihnen unter Hinweis auf die von der Reichsregierung in der Nationalversammlung am 16. Dezember 1919 auf die Anfrage von Gräse und Gen. erteilte Antwort zu eröffnen, daß die in der Verordnung vom 14. August 1919 vorgeschriebene Eidesform, nur die Bedeutung habe, daß der Beamte gelobe, in seiner Tätigkeit als Beamter die Bestimmungen der Verfassung getreulich zu beachten, daß sie dagegen nicht die in der Verfassung den Beamten gewährleisteten Rechte, insbesondere die Freiheit der politischen Meinung, einenge. Sollten auch noch dieser Eröffnung die Beamten sich weigern, den Eid zu leisten, werden, wie ich annehme, die Disziplinargerichte eine Dienstpflichtverweigerung feststellen.“

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch mit der innerpolitischen Lage und dem Beschluß des Görlicher Parteitages über die Koalitionspolitik. Jetzt steht, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion ihrerseits die Initiative nicht ergreifen wird, um die Umbildung der preussischen Regierung zu fördern. Sollten von den anderen Fraktionen des Landtages Verhandlungen eingeleitet werden, so wird die Fraktion selbstverständlich die Görlicher Mindestforderungen den Beratungen zugrunde legen.

Ein Reichstagsabgeordneter unter militärischer Zensur.

In Königsberg ist Genosse Lübbing Polizeipräsident. Er ist Mitglied des Reichstages. Als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter hat er jüngst aus Anlaß des Erberger-Mordes eine scharfe Rede gehalten, in der er auch Kritik an dem monarchistischen Einschlag der Reichswehr und an der Klassenjustiz im Reiche übte. Darob große Entrüstung im Reichswehrministerium und im preussischen Ministerium des Innern. Diese Herrschaften scheinen nicht übel Lust zu haben, einem Volksvertreter, wenn er zugleich Polizeipräsident ist, den Mund verbieten zu wollen. Nach der Auffassung dieser sogenannten antirepublikanischen Ministerien ist auch eine wahrheitsgemäße Kritik an der Reichswehr und an der Rechtsprechung für einen politischen Beamten unzulässig, selbst wenn er in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter spricht. Konsequenter durchgedacht, würde das bedeuten, daß sich das Reichswehrministerium und das preussische Ministerium des Innern auch eine Zensur an solchen Abgeordneten herausnehmen, wenn sie von der Tribüne des Reichstages sprechen. Wir erwarten, daß solchen Anmaßungen gleich und gründlich begegnet wird.

Die Deutsche Volkspartei auf dem hohen Ross.

Auf die von den demokratischen Fraktionen erhobene Forderung, daß die Deutsche Volkspartei ein unzweideutiges Bekenntnis zur demokratischen Republik ablegen müsse, ehe sie in die Koalition einreten könne, löst diese Partei offiziell in der „Deutschen Allg. Zeitung“ erklären, daß derartige Forderungen der beste Weg seien, die Koalition unmöglich zu machen. Die Deutsche Volkspartei verweise auf ihre wiederholten Erklärungen zur Verfassungsveränderung. Jede Forderung, wie sie hier von demokratischen Seite aufgestellt wird, sei ohne Diskussion abzulehnen. Die Volkspartei gehe durch kein kantinisches Loch. Wünsche man in demokratischen Kreisen dies zu tun, so möge man auf weitere Verhandlungen verzichten. Diese etwas theatralisch gehaltene volksparteiliche Erklärung zeigt uns neue, daß unser Völkcher Diktator alles andere als eine Eidesverweigerung an die Volkspartei gewiesen ist. Sie dreht sich um die Verhandlungen, die in Stuttgart für eine

Koalition zwischen Sozialisten und bürgerlichen Republikanern aufgestellt worden sind. Wir können in Ruhe abwarten, ob und wie die Wauerung der Deutschen Volkspartei zu einer republikanischen Verfassungspartei sich vollzieht.

Der „Vorwärts“ nimmt zu dem Thema „Koalitionstränen“ erneut Stellung. Es heißt darin: „Zentrum und Demokratie müssen einsehen, daß die Sozialdemokratie in ein umgebildetes preussisches Kabinett nur dann eintreten kann, wenn sein Gesamtcharakter die Erfüllung der Görlicher Forderungen garantiert. Ein solches Kabinett kann in Preußen geschaffen werden mit den Volksparteilern, wenn in den zu berufenden Persönlichkeiten die notwendigen Garantien gegeben sind, aber auch ohne die Volksparteiler, da ja auch ohne diese eine knappe Mehrheit für die alte Koalition besteht. Hätten wir noch eine einige Sozialdemokratie oder auch nur eine zuverlässig funktionierende Arbeitgemeinschaft im Reiche und in Preußen, dann wäre der Sozialdemokratie, die notwendigen Görlicher Beschlüsse zu fassen erpart geblieben. Auch jetzt wären noch, falls sich die Unabgängigen zu einer Politik der positiven Mitarbeit bequemen wollten, überraschende Wendungen möglich.“

Kleine politische Nachrichten.

Eine aufsehenerregende Verhaftung. Unter dem Verdacht des Meineides und des gemeinschaftlichen Betruges ist der bisherige Präsident der Berliner Handwerkskammer und Ehrenobermeister Karl Rahardt am Montag in Ebing verhaftet worden. Zu gleicher Zeit wurden in Berlin der Handwerkskammersekretär Hofmann und noch einige andere Personen festgenommen, die in die gleiche Angelegenheit verwickelt sind. Verbot einer „Geerschau“. Der Polizeipräsident von Berlin hat die für den 2. Oktober im Sportpalast zu Berlin geplante „Geerschau Schwarz-Weiß-Rot“ verboten. Die Veranstalter der geplanten Geerschau gehören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des sogenannten Frontkämpfertages. Auf der „Geerschau“ sollte eine Sitzung der deutschen Ehrenmitgliedern des Weltkrieges durch den Ordensrat des Verbandes nationalgesinnter Soldaten sowie eine Weihe der schwarz-weiß-rotten Kampfahne des deutschen Heeres stattfinden. Das „Mittelbacher Tageblatt“ ist unter Zensur gestellt worden. Die Eisenbahntarif-Erhöhung. Durch die Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter, sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichseisenbahnerverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von rund 7 Milliarden Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat stimmt dem Vorschlag der Reichseisenbahnerverwaltung zu, zur Deckung dieser Kosten eine Tarifierhöhung von 30 Prozent vorzunehmen. Die Erhöhung wird für Güter- und Personenerkehr zum 1. November, für Expeditur- und Personenerkehr zum 1. Dezember durchgeführt.

Bayerns böser Geist erledigt.

Der Polizeipräsident Pöchner ist zurückgetreten. Er erklärt, daß die Verhältnisse es nach seiner Überzeugung noch nicht gestatten, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Ausnahmestates preiszugeben, zumal für die nächsten Monate die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bevorstehen. Unter diesen Umständen sei er außerstande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen und habe um Enthebung von seinem Amte gebeten.

Der Rücktritt des Münchener Polizeipräsidenten Pöchner ist von noch größerer politischer Bedeutung als der v. Kahr's. Pöchner war der eigentliche Führer der bayerischen Regierung, v. Kahr stand unter seinem Einfluß. Dies Verschwinden ist die beste Garantie für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in München und in Bayern überhaupt.

Die Vereinbarungen mit Bayern.

Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. Neue Verordnung des Reichspräsidenten.

München, 27. September. Vor Eröffnung der Sitzung des Verfassungsausschusses wurde dem Ausschuss eine Vorlage der Regierung unterbreitet, die auf Grund der Verhandlungen mit dem Reichsanzler und dem Reichsminister des Innern sowie dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Minister des Innern folgenden Wortlaut hat: 1. Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921 werden zurückgenommen und durch eine neue Verordnung ersetzt. Die neue Verordnung soll die aus dem Entwurf, der gleichzeitig dem Landtag vorgelegt wird, ersichtliche Fassung erhalten und spätestens am 29. September 1921 erlassen werden. 2. Die bayerische Staatsregierung wird die Verordnung über den Ausnahmezustand spätestens am 6. Oktober 1921 mit Wirkung vom 15. Oktober 1921 außer Kraft setzen. 3. Die Zustimmung des bayerischen Gesamtministeriums und des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtages zu dem vereinbarten Entwurf der neuen Reichsverordnung und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird dem Reichsanzler rechtzeitig zum 28. September 1921 mitgeteilt werden. 4. Zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung besteht Übereinstimmung darüber, daß die Landesregierungen nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzug auch weiterhin einseitige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung hinausgehen. Die Reichsregierung wird solchen Maßnahmen gegenüber eine legale Haltung einnehmen. 5. Die bayerischen Volksgerichte stehen mit dem auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung gestützten bayerischen Ausnahmezustand nicht in Zusammenhang und werden daher durch die hierüber geführten Verhandlungen nicht berührt. Das Gesamtministerium hat den Vereinbarungen am 27. September 1921 zugestimmt. Der Vorlage der Regierung ist der Entwurf der Verordnung des Reichspräsidenten, wie er aus den Vereinbarungen hervorgegangen ist, beigelegt. Die Änderungen beziehen sich auf die §§ 1, 4 und 7. § 1 hat die Änderung erfahren, daß statt der Worte „Vertreter der republikanisch-demokratischen Verfassung“ gelagert worden

Personen des öffentlichen Lebens. § 4 lautet in der neuen Fassung:

Zuständig für Verbote nach den §§ 1 und 3 und für Beschlagnahmen nach § 2 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Auspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen.

§ 7 lautet in der neuen Fassung:

Gegen ein Verbot nach den §§ 1 und 3 und eine Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen. Diese kann ihr außer im Falle des § 4 Absatz 2 abhelfen.

Zu der Vorlage der Regierung hat Abg. Dr. Wohlmuth (Bay. Rp.), der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuss wolle beschließen, der Vollversammlung zu empfehlen, es sei gegen die Vereinbarung der bayerischen Staatsregierung vom 24. September 1921 keine Erinnerung zu erheben.

Nachdem der Ministerpräsident und Minister Dr. Schweiger das Wort genommen hatten, wurde in der Abstimmung der Antrag der bayerischen Volkspartei mit 14 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Für die Deutsche Republik.

Eine amerikanische Stimme.

„The New York Times“ vom 2. September schreiben bei Gelegenheit der Berliner Demonstrationen für die Republik, die im Ausland starken Eindruck gemacht haben.

„Zweifellos war bei der Demonstration für die Deutsche Republik ein politischer Zweck mit im Spiele, aber das ist nur ein Grund mehr für die erfreuliche Hoffnung, daß nach allem Deutschland wahrhaftig eine Republik ist und bleiben wird.“

Diejenigen, die bis dahin die deutsche Republik nicht sehr ernst genommen haben, sind zu einer Abbitte verpflichtet. Ein gewisser Skeptizismus, das ist richtig, war natürlich und durchaus begreiflich.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Gelegenheit dieser Demonstration in eine Krise fällt. Tatsächlich ist die ganze Geschichte der Republik ein langes und anhaltendes Zittern am Abgrund gewesen.

Eine Friedenskonferenz.

Am 11. Oktober beginnt in London eine vom Rat zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau sowie von der Friedensgesellschaft veranstaltete Internationale Konferenz.

Zwei „vereinigte“ kommunistische Fraktionen.

Wie die SPD hören, haben sich die bisherigen Reichstagsabgeordneten der KPD, Levi Malzahn, Reich, Dümell, Senger jr., Marie Wackwitz, Ernst Dümig und Adolf Hoffmann im Reichstag zu einer eigenen Gruppe, der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen.

Marrismus.

Die deutschnationale Presse ist über Scheidemanns Aeußerung auf dem Görliher Parteitag, die Sozialdemokratie lasse sich an Liebe zum deutschen Volke von niemandem übertreffen, außerordentlich empört.

Wir wollen uns mit der „Kreuzzeitung“ ebensowenig in eine Debatte einlassen über Marxismus als mit der berühmten Leuchte der Lübecker Deutschen, die nach einer halben Minute zugab, von Marx überhaupt nichts zu kennen.

Palast und Rheinlandbesetzung.

Das wahnsinnige Hinausschnellen des Dollars in Berlin, der gestern bereits auf 117% stand, während er noch vor sechs Wochen 70 kostete, hat seinen Hauptgrund in dem Mißtrauen des Auslandes gegen die deutsche Finanzlage.

Volkswirtschaft.

Die Geldbeschaffung durch Auslandskredite.

Die Beratungen über den von der deutschen Industrie vorgeschlagenen Plan zur Beschaffung der Reparationssummen nehmen ihren Fortgang. Der Reichszentralbanker hat nunmehr auch mit den Vertretern der Landwirtschaft, die ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt haben, verhandelt.

der Substanz seines ganzen Wertes. Diese außerordentlichen Verpflichtungen nach außen die nur wenige übernehmen, müssen innerwirtschaftlich natürlich durch weitgehende Rückendebungen gesichert sein.

Die Auffassung über die Möglichkeit, mehrere Milliarden Goldmark im Ausland auf Grund der Bürgschaft der ganzen deutschen Wirtschaft zu erhalten, gehen weit auseinander.

Inzwischen ist man im Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats mit der Beratung des von Dr. Hagenburg-Mannheim entworfenen Organisationsplanes zu diesem Projekt soweit gekommen, daß intime Besprechungen mit der Regierung stattfinden können.

Der Dollar 126 Mark.

Die Devisenpekulation an der Berliner Börse nahm auch im Laufe des Mittwoch ihren Fortgang. Der Dollar, der in den Abendstunden des Dienstag auf 121 1/2 zurückgegangen war, wurde erneut bis auf 126 gesteigert.

„Es ist seit einiger Zeit in Neuyork aufgefallen, daß vor der amtlichen Kursnotierung aus Berlin, die meist erst zum Börsenabschluss oder zur Nachbörse dort eintrifft, sogenannte private Kursmeldungen noch zur Hauptbörsezeit eintreffen.“

Buttermarkt.

Samburg, 28. September.

Die heutige 17. Auktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein war außerordentlich zahlreich besucht. Bei noch etwas größeren Zufuhren wie in der Vormoche herrschte eine äußerst rege Kauflust.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. September.

Table with columns: Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse, 28. Sept., 27. Sept. Rows include Amsterdam, Brüssel, Kristiania, Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Rom, London, New York, Paris, Zürich, Madrid, Wien, Budapest, Prag.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Table with columns: Dampfer, Segler, Schiffname, Kapitän, Herkunftsort, Fahrzeit, Lage, Stb. Rows include Aktiva, Gertrud, Fehmann, Magarete, Carl, Nina, Esther, Fina, Sara, Theresie, Dora, Hans, Alma, Mega, Seel, D. Jppen 19, Magarete, Deimbahl, Kolberg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikunst Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inzerat Georg Steinhilber. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck: von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Kücknitz.

Dieckelmanns Gasthof.
Sonntag, d. 1. Oktober:
Konzert und Ball
ausgef. von der Stadtkapelle
Dassow. Leit.: Dir. Abshagen.
Hierzu laden freudig ein
W. Dieckelmann. W. Abshagen.
(7027)

**Sozialdemokratischer
Verein Lübeck.**
12. Distrikt (Markt)

Freitag, den 30. Septbr.
abends 7 1/2 Uhr.
bei Groth, Kottwitzstraße
**Versammlung
der tätigen Genossen**

Zahlreiches Erscheinen er-
wartet. (7060)
Der Distriktsführer.

**Allgemeiner Deutscher
Gewerkschaftsbund.**
Ortsausschuß Lübeck.

Sitzung
am Freitag, dem 30. September
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quart.
2. Abrechnung vom Gewerkschaftsstell.
3. Stellungnahme zum Ankauf des Gewerkschaftshauses.
4. Eingänge.

Zu dieser Sitzung sind die sämtlichen Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände eingeladen.

Das Erscheinen aller beteiligten Genossen ist unbedingt erforderlich.

Das Gewerkschaftsfeiern-Komitee tritt um 6 Uhr im Sekretariat zusammen.
(7054) Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.**

Verwaltungsstelle Lübeck.
(7039)

**Achtung!
Elektriker!**

Versammlung
am Sonntag, dem 1. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Neuere Lohnbewegung.

Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich.
Mitgliedsbücher vorzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (7015)

Otto Albers
Markt 4 Kohn. 18
Hgl. d. H. Spira. Ecken

Der Puppenmacher
macht jede kranke Puppe.
7016 E. Herfel. Alster 74.

Freitag 1.
Sonntag
Hgl. d. H. Spira.
und Wurf.
Fr. Kollmann,
Hilfsstraße 8. (7052)

Was

geht am Warenmarkte vor?

Alle Rohstoffe sind erheblich im Preise gestiegen!

Der Preisrückgang in allen Branchen hat hierdurch sein Ende erreicht!

Eine Aufwärts-Bewegung der Preise macht sich auf allen Gebieten bemerkbar!

Weitere Preissteigerungen sind unsers Erachtens unaufhaltsam!

Jetzt ist somit der richtige Zeitpunkt alle für die kommende Zeit geplanten Einkäufe vorzunehmen.

Vor Monaten und gerade noch zur allerbilligsten Zeit tätigten wir, gemeinsam mit unserm Riesen-Einkaufs-Konzern, gewaltige Abschlüsse, dabei besonderen Wert auf nur gute Qualitäten legend.

Wir können und werden

Ihnen nun durch eine großzügige Kaufveranstaltung Gelegenheit geben, sich für den Winter zu ganz billigen Preisen einzudecken.

Unser morgen beginnender großer



wird ein Ereignis für das kaufende Publikum sein.

Holstenhaus

Lübeck

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
sämtlicher

Hafenarbeiter

am Freitag, dem 30. September
abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn F. Leander,
Hundestraße 41.

Tagesordnung:
Bericht von der Konferenz
in Hamburg.

(7087) Die Ortsverwaltung.

Ab 27. September
bis 3. Oktober:

**Don Juan und
die Heilige.**

5 Akte aus dem Mythen-
tum des verlorenen Paradieses
von Robert Heymann.
Dieses Werk ist reich an
Ausstattung, sowie an Hand-
lung und übertrifft wohl
bisher alles Gesehene.
Mela Schwarz ist eine
fesselnde und liebreizende
Darstellerin.

Der Knabe Gros
oder (7055a)

Sündige Liebe.
Eine Episode aus dem Leben
eines Jünglings in einem
Vorspiel und 5 Akten.

Die Gespenster-Bally
Lustspiel in 3 Akten.

**Zentral-
Theater**

Johannisstraße 25.
Fernruf 1359.
Spielzeit 4-11 Uhr.
Beginn der letzten Vor-
stellung 8 Uhr.

**HANSA-
THEATER**

Täglich
abends 7 1/2 Uhr:
Die Kinokönigin.
Operette in 3 Akten
von Gilbert. (7028)

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag, 29. Sept. 7 Uhr
Herodes und Mariamne.
7. Ab.-Vorst. Buchst. C.

Freitag, 30. Sept. 7.30 Uhr.
Das Rheingold.
7. Ab.-Vorst. Buchst. C.

Sonntag, 1. Okt. 7.30 Uhr
Iphigenie.
4. Vorst. i. Sonntags-Ab.

Sonntag, 2. Okt. 2 Uhr.
4. Vorst. f. den Arbeiter-
Bildungsverein.
Die Zanderlöwe.

Sonntag, 2. Okt. 7.30 Uhr.
Neubheit!
Die Blaue Magd.
Operette von Franz Lehár.

Kammerspiele des Stadttheaters.
Fünfhausen 17/19.
Freitag, 30. Sept. 7.30 Uhr.
Der Sohn.

Sonntag, 2. Okt. 7.30 Uhr
Der Sohn. (7022)

Kolosseum.
Donnerst., 29. Sept. 7.30 U.
2. Volksmütliches Konzert
im Donnerstag-Abend.
des Sinfonie- u. Stadt-
theaterorchesters. Leiter:
Wolfgang Martin. So-
listin: Anna-Lisa Mat-
son.

Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 ist der Schlachthof an den Wochentagen geöffnet von morgens 8 bis nachm. 4 Uhr.

Die Betriebsbehörde.
Wtlg. für den Schlachthof.

Die Freibadeanstalten Schlump und Dänischburg werden am Freitag, dem 30. September 1921 geschlossen.
Lübeck, d. 29. Sept. 1921.
Das Polizeiamt.

Lübecker Badeanstalt.

Wegen dringender Kesselreparatur wird die Anstalt am 29. und 30. September ds. Js. geschlossen.
Lübeck, d. 28. Sept. 1921.
Die Finanzbehörde, Abteil. für Häuser u. Plätze.

Nach langem, schwerem Leiden entlichet heute morgen im Alter von 13 Jahren unsere liebe Tochter und Schwester
Erna.

In tiefer Trauer
Johann Benthien u. Frau geb. Almer nebst Kindern.
Lübeck, 28. Septbr. Ludwigstr. 32 I.

Bestattung Sonnabend 1 1/4 Uhr von der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes.

Nach langem, qualvollem Leiden entlichet heute morgen mein lieber Mann, seiner Kinder treuherziger Vater, Bruder und Schwager, der Kranke
Carl Cujad

im Alter von 43 Jahren. In tiefer Trauer
Katharine Cujad geb. Piper.

Die Beerdigung findet am Freitag, 4 Uhr nachm., von der Leichenhalle des Vorwerfer Friedhofes aus statt.

Sozialdemokr. Verein.

Am 27. 9. nachm. unser Genosse
Wilh. Haaker.

Zähler.
Seine letzten Andenken.
Beerdigung am Montag, dem 3. Okt. nachm. 1 1/4 Uhr auf dem St. Lorenz-Friedhof.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsst. Lübeck.
Am 27. September nachm. unser Kollege
Carl Cujad.

Seine letzten Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag 4 Uhr nachmittags auf dem Vorwerfer Friedhof statt.
Bez. 30.
Die Ortsverwaltung.

Zu dem wohl. Jan., ohne Best., an alleinst. Frau oder Mädch. Zu erst Freitag 4-6 Uhr. Gläubigkeits. 42. III.

Sel. 2-Zimmer-Wohn., auch Badst., geg. 23. M. mit Gas- u. Bad. i. d. St. Ang. u. W. S. a. d. G. (7028)

Unterhalt. Kindersagen u. verkauft. (7045) St. Gröpelgrube 47, II.

Paß u. braune Kinderhüte St. 32, billig zu verk. (7032) Froschgrube 25, II. links.

1 Gartenbude u. verk. Alte Gartenstadt 21. (7029)

5 Mor. alte Hüge f. 30 M. u. verk. Oberstraße 31/2. (7042)

Junger Hund billig zu verk. (7051) Poststr. 76, I.

Einmalig. 1000 Stk. zu verk. (7056) Lohstraße 4, I.

Dick. kernfett. Ochsenfleisch

Wb. 8.— (7058) Bratenstücke Wb. 9.— frisches Schweinefleisch von 15,50 Mk. an sowie sämtliche

Wurst- und Fleischwaren zu den billigsten Tagespreisen.
Hans Schmalfeldt,
Reiherstr. 26. Fernr. 2152

Möbel
Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen.
Boltds Möbellager
Fischergrube 25/27.

Achtung!
Metalle, Eisen, Lumpen, Zeitungen, Papier usw. kauft zu höchsten Preisen (7017) Fr. Erdmann, Glockengießerstr. 61

Abfallmehl
aus der Braterei als Hühner- od. Schweinefutter hat abzugeben (7041)

Paul Lohrmann
Zu melden:
Wakenitzmauer 172.

Zur Mühle
Bedergrube 61.

Feinstes Weizenmehl 3.90
Roggen-Feinmehl 3.—
Roggen-Grobmehl 2.75
Haferstroh, neue Ernte 3.80
Maissternpulver 4.—
Sago 4.— u. 4.50
Weizenmehl, gelb 2.20
Gut kochende gelbe Erbsen 3.20, bei 10 3.— (7050)

Neu erschienen! Vorwärts-Kalender 1922

in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—

Lübecker Volkshotel
Johannisstraße 46.

Die neuen Postgebühren
— 50 Pig. —

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

NEU! NEU! Das neue Lohnsteuergesetz

(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
Dargestellt und erläutert von Wilhelm Kell.
Preis Mk. 2.50.

Zu beziehen durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Wieder neu aufgenommen: Anzüge, Ulster

in allen Preislagen und Qualitäten.

Ferner: (7021) Gardinen, Teppiche, Porzellan, Läuferstoffe, Einzel-Möbel, kompl. Zimmereinrichtungen

Auf Wunsch Teilzahlung gestattet.

Siegfried Ittmann, Breite Str. 33, I.

Noch keine Preiserhöhungen

Schuh-Buchholz

Schwannauer Allee 4 St. Burgstraße 36

da das große Lager in Schuhwaren aller Art für Herren, Damen und Kinder rechtzeitig zu niedrigen Preisen eingekauft ist.

7033 Beachten Sie meine Feinste Preise!

Am 1. Oktober d. Js. tritt die erhöhte Verbrauchssteuer in Kraft, wodurch die Zigaretten und Zigaretten bedeutend verteuert werden. Ich verkaufe, so lange der Vorrat reicht, zu den bekannten konkurrenzlos billigen Preisen!

Große Auswahl an Marken!
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!!
Bestand bis 5 Milie franko!! (7025)

E. Grundmann, Lübeck, Schiffeleude 32, Zigaretten- u. Zigarettenverkauf.

Lübecker Opferwoche. Junge Mädchen,

die bei der Straßensammlung und bei der Beaufsichtigung der Handarbeitsausstellung der Lübecker Opferwoche mit helfen wollen, werden gebeten, sich umgehend bei Frau Dr. Möbusz, Falkenstr. 12, II., zu melden.

Lübecker Opferwoche. Eröffnung der der Handarbeitsausstellung

Sonnabend 10 Uhr

7044

Wir sind billig!

1 Posten neue (7052) moderne Damen-Konfektion. Mäntel 275.—, Mäntel 250.—, Kostüme 375.— und besser, schicke Form, neue Muster, prima Stoffe.
1 Posten Bodenjoppen, warm gefüttert, 155.—, 188.—, 285.—.
Paletots 350.—, 550.—.
Gummi- und Bodenmäntel 945.—.
Starke Arbeitshosen 53.—, blau 32.—.
1 Posten Gehrockanzüge 875.—, 1175.—, 1225.—.
1 Posten starke Schaffstiefel 200.—.
1 Posten starke Arbeitstiefel 135.—, 155.—.

Enlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.
Kaufen Sie jetzt!

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umg. zur Kenntnis, daß ich am 1. Oktober d. J. den Betrieb der

Lübecker Warmbadeanstalt Rixstraße 130

übernehme. Durch langjährige Erfahrung im Beruf hoffe ich, den Wünschen meiner werten Gäste gerecht zu werden. Durch sachgemäße Einrichtungen werde ich dafür sorgen, daß Mißstände nicht mehr vorkommen. Die Anstalt ist geöffnet täglich von 9—7 Uhr, Sonntags von 8—12 Uhr. (7031)

Römische Bäder täglich von 3—6 Uhr, Dienstags und Freitags für Damen.
Massagen nur von ärztl. gepr. Personal.
Hochachtungsvoll Wilhelm Waack.

Reell und billig!

Handentuche . . Meter 14.50, 11.90 950
Kessel (Stouts) . Meter 12.50, 11.80, 950
Bettbezüge, wB., 6 Mtr. 100.50, 88.50 6300
Bettbezüge, farb., 6 Mtr., 108, 99, 9600
Damastbezüge, 4 Mtr. 20400
Herren - Normal - Hemden von 3400 an
" " - Hasen " 3650 an

Walter Griebhan & Co.
Lübeck, Rixstr. 74. (7035)

Schwarz - rot - goldene Schleifen und Fahnen aller Art liefert zu Fabrikpreisen Buchhandlung „Lübecker Volksbote“ Johannisstraße 46.

Gewerkschaftshaus

Jeden Freitag: (7049)
Großer Ball.
Luisenlust. Mittwochs Tanz
Damen Eintritt frei. (7018)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Sonntag, den 2. Oktober
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus
(Großer Saal):

Unterhaltungsabend

zu Ehren der Delegierten des Bezirksparteitages.
Unter Mitwirkung von Fr. Gaffron und Herrn Heimberg vom hiesigen Stadttheater, Genossen Lüth (plattdeutsche Vorträge) und der Arbeiterjugend.

Hierauf: (6979)

Tanz.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Eintritt: Herren 3 Mt., Damen 2 Mt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle Lübeck.
Freitag, 30. September, abends 8 Uhr:

Versammlung

aller in den Räumlichkeiten u. Marinieranstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für Lübeck im Gewerkschaftshaus, Johannisstr., für Schlutup im Lokale von A. Saborowski.

Tagesordnung:
Der Stand unserer Lohnbewegung.
Das Erscheinen aller in der Fischbranche Beschäftigten ist dringend notwendig.

7053 Die Ortsverwaltung.



Blitz blank

wird im Nu jeder Stiefel durch
Javalin Die Qualität überzeugt jeden.
Überall zu haben
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Ricklingen.

Vertreter: Emil Scheel, Lübeck,
Telephon 798. Moltkestraße 1. (7018)

SATYRIN (gold u. silber).

die neuen Hormon-Präparate für Männer und Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige Steigerung der Energie, insbesondere der Nerven- und Sexualkräfte.
Depot: St. Lorenz-Apothek, Lübeck.
Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung Mk. 40.—
Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg. (7024)

Visitenkarten

liefern Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.